

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz von Betreibern kritischer Anlagen (KRITIS-Dachgesetz – KRITIS-DachG) mit Stand vom 22.12.2023

Förderung von Resilienz im KRITIS-Sektor Mineralöl basierend auf den aktuellen Risikobewertungen und vorhandener Expertise sowie zukünftig effektiven Branchenstandards

Der vorliegende Entwurf wurde en2x vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) am 22.12.2023 zur Kommentierung übermittelt.

Wir begrüßen die Weiterentwicklung gegenüber dem ersten Referentenentwurf des KRITIS-DachG sowie die erneute Möglichkeit zur Beteiligung der Wirtschaftsverbände im dritten Referentenentwurf sowie zu den notwendigen Rechtsverordnungen aus dem Artikelgesetz.

Wir unterstützen die aktuelle Stellungnahme des BDI zum vorliegenden Entwurf des KRITIS-DachG. Ergänzend dazu möchten wir für die branchenspezifischen Bereiche Raffinerien, Rohrfernleitungen sowie Tankstellennetze folgende weitere Anmerkungen machen.

Zum Titel und der Bezeichnung des Gesetzesvorhabens

Den neuen Gesetzestitel mit der Erweiterung um den Begriff des Betreibers sehen wir kritisch.

Laut § 2 liegt der Fokus der Begriffsdefinitionen auf der kritischen Anlage. Ein Betreiber kann selbst keine Resilienz gegenüber den anzunehmenden Risiken aufbauen.

Im Übrigen setzen sich die Betreiber im Sektor Mineralöl aus nationalen und internationalen Unternehmen mit unterschiedlichen Betreibermodellen zusammen. Es wäre daher zielführender, auf die jeweilige Betreibergesellschaft der kritischen Anlage Bezug zu nehmen.

Wir schlagen folgenden neuen Titel vor: „**Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen durch den Betreiber**“

§ 2 Begriffsbestimmungen

Die Definition von Resilienz im Allgefahrenansatz geht im vorliegenden Entwurf sehr weit. Die „Verhinderung“ einer Störung liegt im Regelfall nicht im Einflussbereich des Betreibers einer kritischen Anlage. In der Abwehr von menschlichen Eingriffen stehen den Betreibern verfassungsrechtliche Grenzen entgegen. Aus unserer Sicht ist die Erwartungshaltung an die Betreiber hier zu hoch angesetzt und es sollte mehr auf die Möglichkeiten des Bundes durch Frühwarnsysteme über Naturgewalten Pandemien sowie Terrorgefahren verwiesen werden.

§ 3 Abs. (3) Satz 3

Zentrale Anlaufstelle; Zuständigkeiten; behördliche Zusammenarbeit

Unsere Mitgliedsunternehmen richten ihre Dienstleistungen auf die Bereitstellung von Mineralölerzeugnissen für die energetische sowie für die stoffliche Verwertung aus. Diese werden in Vertragsverhältnissen mit Dritten zur weiteren Verteilung und Abgabe an den jeweiligen Prozessgrenzen bereitgestellt. Diese Bereitstellung ist bereits in der „*Verordnung über Lieferbeschränkungen für Kraftstoff in einer Versorgungskrise (Kraftstoff-Lieferbeschränkungs-Verordnung - KraftstoffLBV)*“ sowie *Verordnung über Lieferbeschränkungen für Heizöl in einer Versorgungskrise (Heizöl-Lieferbeschränkungs-Verordnung - HeizölLBV)*“ geregelt.

Wir weisen, auch im Hinblick auf die Kohärenz zur NIS2-Umsetzung, darauf hin, dass die Kraftstoff- und Heizölversorgung im Vergleich zur netzgebundenen Strom- und Gasversorgung in der Verteilung sowie Produktabgabe durch Tankstellen und Heizöltankwagen verschiedenen Geschäfts- sowie Betreibermodellen und damit Verantwortungen unterliegt.

Sofern die Bezeichnung der Dienstleistung auf die Mineralölerzeugnisse Kraftstoffe und Brennstoffe ausgerichtet werden soll, halten wir die Anpassung der Dienstleistung in „**Kraftstoff- und Heizölbereitstellung**“ für notwendig.

§ 4 Anwendungsbereich; kritische Anlagen; Geltungsumfang

Die en2x- Mitgliedsunternehmen betreiben Anlagen, die den Anforderungen des Störfallrechtes nach der 12. BImSchV unterliegen. In Sicherheitsberichten werden regelmäßig Risikoanalysen sowie Pläne zur Gefahrenabwehr gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde auf Basis aktueller Gesetze, Rechtsverordnungen sowie weiteren Rechtsvorschriften und allgemein anerkannten Regeln der Technik vorgeschrieben und betreiberseitig erfüllt.

Weitere vergleichbare Regulierungen zur Resilienz und Gefahrenabwehr im Hafenbetrieb ergeben sich aus dem weltweit anerkannten ISPS-Code der IMO. Die lokale Umsetzung erfolgt auf Grundlage einer von der Hafensicherheit erstellten Risikobewertung.

Weitere Regelungen ergeben sich in der Bauleitplanung durch die Vorgaben der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) des BMUV. In speziellen Leitfäden dienen die nationalen Vorgaben zur Umsetzung der Richtlinie Seveso III. Berücksichtigt werden dabei bereits mögliche Eingriffe Dritter, anlagenbezogene Risiken sowie Auswirkungen von Naturgefahren wie Starkwind und Hochwasser.

Daher fordern wir die **Gleichwertigkeit dieser Maßnahmen** bei der Risikoanalyse und Risikobewertung anzuerkennen, um Doppelregulierungen zu vermeiden und die Ressourcen effektiver auf die Resilienz ausrichten zu können.

§ 8 Nationale Risikoanalysen und Risikobewertungen

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ist aktuell für den Sektor Mineralöl zuständig. Wir schlagen vor, gemeinsam die notwendigen Risikoanalysen und Risikobewertungen sektorspezifisch zu evaluieren und für die auf der Grundlage der Rechtsverordnung nach § 16 bestimmten kritischen Dienstleistungen in den Bereichen Produktion, Logistik und Tankstellennetze auszurichten. Dabei weisen wir darauf hin, die gesetzlichen Anforderungen an die Resilienz unter Berücksichtigung der wettbewerbsneutralen Kostenverteilung vorzunehmen.

Durch Erfahrungen mit Konzernstandards, bisherigen Versorgungsengpässen und den Vorgaben der Gesetzlichen Bevorratung können die spezifischen Anforderungen an die Resilienz bestmöglich definiert werden.

Risikobewertungen hybrider Bedrohungen bedürfen zur rechtzeitigen Information über feindliche Bedrohungen einschließlich terroristischer Straftaten der staatlichen Unterstützung. Daher fordern wir vom Gesetzgeber eine rechtzeitige Benachrichtigung über relevante Erkenntnisse gegenüber den Betreibern kritischer Infrastrukturen.

§ 10 Abs.3 Nummer 5 (b)

Absatz 3 Nummer 5 b enthält eine Klarstellung, dass das von den Betreibern kritischer Anlagen zu berücksichtigende Sicherheitsmanagement im Hinblick auf Zuverlässigkeitsüberprüfungen hinsichtlich der Mitarbeitenden unbeschadet der Vorschriften des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (SÜG) in Verbindung mit der Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung (SÜFV) sowie unbeschadet weiterer Fachgesetze wie dem Hafensicherheitsgesetz erfolgt.

Um den Prozess der Zuverlässigkeitsüberprüfung zu straffen und den Aufwand zu reduzieren, wurde 2019 ein **zentrales Bewacher Register BWR** eingeführt. Seit 10. Oktober 2022 ist dieses beim Statistischen Bundesamt angesiedelt. Vor Einführung des BWR musste jedes Unternehmen bei Personalwechsel eine Zuverlässigkeitsüberprüfung beantragen. In einer Branche mit Fluktuation führte dies zu hohem beidseitigem Aufwand auch bei den Behörden. Das BWR hat diese Aufwände deutlich reduziert. Wir schlagen daher einen zentralen Bezug zum BWR in allen weiterführenden Rechtsverordnungen vor.

§ 14 Billigungs-, Überwachungs-, und Schulungspflicht für Geschäftsleiter für Betreiber kritischer Anlagen

Sofern außerhalb bestehender Überwachungs- und Zertifizierungsverträge weitere Maßnahmen zur Qualifizierung von Personal erforderlich sind, sollte dies in der sektorspezifischen Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachressort konkretisiert werden. Eine generelle Qualifizierungsvorgabe für die Geschäftsführung halten wir nicht für erforderlich.

§ 18 Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Regelung im Umgang mit personenbezogenen Daten sollte um eine Regelung zum Umgang mit wirtschaftsbezogenen Daten erweitert werden. Damit folgt man dem Online Zugangsgesetz OZG 2.0 sowie dem Projekt GOVLab des BMUV bei der Wahrung von Betriebsgeheimnissen in Planungs- und Genehmigungsverfahren der Liegenschaften.